

Besuch in Wiesbaden

Nach tagelangen Rängeleien um einen Termin beim Kultusministerium hat sich endlich die Staatssekretärin im Kultusministerium Vera Rüdiger am Montag 10.5.1976 dazu herabgelassen, eine Delegation der THD (2 Basisgrüpler, 3 Jusos und einen Vertreter der GEW) in Wiesbaden zu empfangen. Der folgende, zugegeben etwas subjektive, Bericht faßt das circa 1-stündige Gespräch in etwa zusammen.

Einleitend erläuterte Thomas Heyer (AStA-Juso) die Lage an der THD und legte die Resolution der VV vom 6.5.76, die Resolution des Fachbereichs Informatik, die Stellungnahme des Mittelbaus zum HRG und verschiedene Solidaritätsadressen vor.

Nach einem kurzen Blick auf die Forderungen der Vollversammlung begann Frau Rüdiger das erwartete Spielchen:

- all diese Forderungen seien ja schon im Entstehungsprozeß (schwer und schmerzlich, wie der Leser weiß!) des Gesetzes dagewesen
- und überhaupt, Hessen habe ja nicht zugestimmt
- und außerdem wolle ja das Land Hessen gegen das HRG klagen, zwar nicht gegen das HRG insgesamt, da ja Hessen i.A. nicht besonders benachteiligt werde, aber immerhin gegen die im HRG vorgeschriebenen Länderquoten
- und nicht zuletzt habe der Gesetzgeber schließlich 6 Jahre lang an diesem Gesetz herumgebastelt und man könne es schon allein deshalb nicht einfach wieder abschaffen

Soll das HUG dem HRG angepaßt werden?

Ja, natürlich! Allerdings sollen im Gegensatz zu anderslautenden Gerüchten die Anpassungsfristen voll ausgenutzt werden (Wörtlich: kein Anlaß sich zu überschlagen!), vor allem auch im Hinblick auf die Klage beim Bundesverfassungsgericht. Eine Zwangsanpassung durch Bonn bewirke ja wohl auch nicht die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit zum Kampf gegen das HRG.

Und im übrigen wolle man das HUG so anpassen, daß das "denkbar liberalste" dabei herauskomme.

Außerdem habe man im Moment Kontakte zum Hamburger Senat, der eine Klage gegen das Ordnungsrecht erwäge! (Hört! Hört!)

Regelstudienzeit - Studienreformkommissionen

Frau Rüdiger begrüßte die Regelstudienzeit als eine Maßnahme, die mehr Abiturienten ein Studium ermögliche. (Die dazu im Widerspruch stehenden Stellenkürzungen an der THD wurden mit der Begründung unter den Tisch gefegt, daß a) überall Stellenkürzungen vorgenommen werden müßten und b) an den hessischen Hochschulen insgesamt keine einzige Stelle gekürzt worden sei.)

Überhaupt wäre das alles ja gar nicht so wesentlich, ab 1985 könne ja doch jeder studieren, was und wie lange er wolle. Die augenblickliche Knappheit müsse eben verwaltet werden.

Auf einen Einwand des Vertreters der GEW, daß Regelstudienzeit zwangsweise einen Qualifikationsverlust bedeute, meinte

Frau Rüdiger: gute Reformkommissionen könnten genug überflüssigen Stoff aus den Studienplänen streichen. Die Mehrheit der staat-Vertreter in den Studienreformkommissionen wußte sie natürlich auch zu begründen: Die Hochschulen hätten ja schon seit 67/68 erkannt, daß Reformen durchgeführt werden müßten. Was sei aber geschehen? Nichts! Also wäre ein bißchen mehr Staat nötig, um die Sache ins Rollen zu bringen. Und vielleicht könne man "sogar" Studenten an den Kommissionen beteiligen (als demokratisches Feigenblatt, Mitverantwortung!!), aber das müsse man erst noch prüfen.

Außerdem solle man doch Vertrauen in die Studienreformkommissionen haben!

Im übrigen meinte die liebe Tante Rüdiger, sie sei erschrocken, als sie vom Streik an der THD hörte. So ein Streik könne doch leicht zum "Rohrkrepierer" werden, d.h. sich gegen die studentischen Interessen richten und Wasser sein (Achtung: Aquaplaninggefahr für Politiker) auf die Mühlen derer, die das HRG befürworteten.

FAZIT: Es war sehr heiß !